

Migration und Flucht

Das „Gemeinsame Wort der Kirchen zu den Herausforderungen durch Migration und Flucht“ hat nicht zum ersten Mal öffentlich daran erinnert, daß die Probleme der Zuwanderung nach Deutschland (und Europa) aus ethischer Sicht nach wie vor unbefriedigend gelöst sind. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist insofern günstig, als dieses Thema gegenwärtig weniger Emotionen weckt als noch vor wenigen Jahren, was einer sachlichen Debatte nur nützen kann. Nach einer kurzen Einführung nimmt das Wort eine sehr gründliche, faktenreiche Analyse der Situation in Deutschland und der globalen Ursachen von Migrationen vor. Daran schließt sich eine biblisch-theologische und ethische Reflexion an, auf deren Hintergrund vielfältige Handlungsperspektiven dargestellt werden, wobei der von den Kirchen zu leistende Beitrag eigens herausgestellt wird.

Das Wort der Kirchen hat eine insgesamt positive und wohlwollende Aufnahme gefunden. Kritik kam einerseits aus der Politik, der das Papier in einigen Punkten recht klar Versagen vorwirft. Kritik übten auch manche Vertreter der Flüchtlings- und Ausländerarbeit, die sich noch deutlichere Worte gewünscht hätten. Die Kirchen haben jedoch bewußt einen auf möglichst breiten Konsens ausgerichteten Weg gewählt, da sie darin die Bedingungen für eine politisch durchsetzbare und damit tragfähige Migrationspolitik sehen. Sie laden zu einem dialogischen Prozeß ein, der die sehr unterschiedlichen Bedenken und Sorgen der Menschen (auch innerhalb der Kirchen) ernst nimmt. Für die damit verbundene unvermeidliche Debatte, die bisher viel zuwenig stattgefunden hat, wollen sie Kriterien und Anstöße geben. Für diese Vorgehensweise sprechen gute Gründe, denn eine schärfere Stellungnahme hätte wahrscheinlich nur die Brücken zu jenen abgebrochen, die die Position der Kirchen schon jetzt für überzogen halten. Umgekehrt bietet das Papier allen, die sich aus christlicher Motivation für Ausländer und Fremde einsetzen, eine ausreichende Legitimation für wegweisendes und in diesem Sinn prophetisches Handeln und Sprechen.

Das von fast allen christlichen Kirchen mitgetragene Gemeinsame Wort ist aber keineswegs ein wachsweicher Kompromiß, sondern hat seine Kanten und enthält weitreichende Vorschläge, die hier nicht annähernd gewürdigt werden können. Statt dessen sei auf einige Prinzipien für eine vernünftige und humane Migrationspolitik hingewiesen, die auch das Papier maßgeblich geprägt haben.

Zunächst und vor allem braucht es einen nüchternen Blick für die Wirklichkeit und Mut zur Wahrheit. Aus diesem Grund stellt das Gemeinsame Wort fest, „daß die Bundesrepublik tatsächlich seit mehr als einem Jahrzehnt ein Einwanderungsland neuen Typs geworden ist – nicht im rechtlichen, aber im gesellschaftlichen

und kulturellen Sinn“. Es nennt noch zahlreiche andere Tatbestände, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob dies politisch opportun ist und in wessen Konzept es paßt oder nicht paßt. Dieser Realitätssinn ist so wichtig, weil gerade für das Thema der Migration gilt: „Was die Menschen verwirrt, sind nicht die Tatsachen, sondern die Meinungen über die Tatsachen“ (Epiktet).

Auf der gleichen Linie liegt die Notwendigkeit einer globalen Sichtweise. Wer heute weltweite Probleme wie Migration und Flucht nur aus nationaler Perspektive sieht, kann keine tragfähigen Lösungen finden. Neben vielen Ursachen in den Herkunftsländern verweist das Papier daher zu Recht auf die Mitverantwortung der reichen Länder und das wachsende weltweite Wohlstandsgefälle als einen wichtigen Auslöser von Armutswanderungen. Solange diese Kluft nicht durch eine nachhaltige Lebensweise im Norden verringert wird, wie sie die Miserieor-Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ verlangt, werden alle Abwehrmaßnahmen nicht verhindern können, daß nicht nur das Kapital, sondern auch die Menschen dorthin abwandern, wo sie sich bessere Bedingungen versprechen.

Komplexe und schwierige Fragen verlangen vorausschauendes und gestalten-des Handeln. Sie lassen sich weder durch Aussitzen noch durch Flickschusterei beseitigen. Nur koordinierte Maßnahmen in vielen Bereichen, die auf sicherer rechtlicher Basis stehen, können die Probleme transparent machen und Vertrauen schaffen. Das gemeinsame Wort ist darum in der Tat „in erster Linie ein Plädoyer für ein längst überfälliges umfassendes migrations- und integrationspolitisches Gesamtkonzept“ (A. Foitzik). Dazu gehört vor allem eine humane, sachlich begründete und konsistente Asyl-, Einwanderungs- und Ausländerpolitik, drei Politikbereiche, die einerseits jeweils sehr spezifische Aufgaben wahrzunehmen haben, andererseits aber eng verflochten sind.

Der Rechtsstaat ist ein hohes allgemeines Gut, was allerdings nicht verhindert, daß das positive Recht nie allen komplexen Realitäten des Lebens gerecht werden kann. Gerade darum sind Grundsätze wie Verhältnismäßigkeit der Mittel und Spielraum für humane Einzelfallregelungen von grundlegender Bedeutung. Nichts anderes verlangen die Kirchen, wenn sie sich unmißverständlich für den Rechtsstaat aussprechen, andererseits aber auf erhebliche Defizite in der jetzigen Praxis hinweisen und im Kirchenasyl eine letzte Möglichkeit sehen, diese Grundsätze einzufordern.

Interkulturelle Begegnung und interreligiöser Dialog als Schritte zur kulturellen Integration von Ausländern sind schwierige und meist mit vielen Rückschlägen verbundene Prozesse, die mühsam gelernt sein wollen. Das Gemeinsame Wort setzt sich nachdrücklich für die Integration ein und gibt besonders für den Dialog mit den Muslimen wertvolle Anregungen. Es warnt aber vor naiven und falschen Erwartungen und sieht im gemeinsamen konkreten Einsatz für humane Ziele einen besonders geeigneten Weg, um eine Vertrauensbasis für den (theologischen) Dialog zu schaffen.

Johannes Müller SJ